



KAPITEL 8 / CHAPTER 8⁸

MODERNIZATION OF JUSTICE UNDER THE INFLUENCE OF INNOVATIVE TECHNOLOGIES

DOI: 10.30890/2709-2313.2023-24-02-024

Einleitung.

In der heutigen Welt ist der Einsatz innovativer Technologien zu einer echten Notwendigkeit geworden, die durch verschiedene ernsthafte Herausforderungen nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die ganze Welt verursacht wird. Einer der Bereiche, in den die neuen Technologien "eindringen", ist der Justizsektor. Und das ist keine Frage der Zukunft, sondern bereits Realität: Die Justizsysteme einiger Länder führen bereits die neuesten Technologien und Algorithmen ein, mit denen große Datenmengen einfach und schnell verarbeitet werden können und die vor allem das System fair, transparent und effizient machen. Das britische Court and Court Services Modernisation Programme (HMCTS) beispielsweise, das von 2016 bis 2023 laufen wird, soll die notwendigen modernen digitalen Technologien in die Infrastruktur und die Prozesse der Gerichte einführen. Die Idee ist, das englische Justizsystem unter dem Motto zu modernisieren: "ein Justizsystem, das fair, verhältnismäßig und für jeden zugänglich ist - eines, das weiterhin führend und inspirierend für die Welt sein wird". Dieses Programm sieht den Übergang von traditionellen Gerichtsverfahren mit Anwälten in den Räumlichkeiten des jeweiligen Gerichts zu Online-Verfahren vor, indem ein einziges Online-System für die Einleitung und Verwaltung von Gerichtsverfahren in Straf- und Zivilverfahren mit zuverlässigen Dokumenten- und Datenverwaltungssystemen entwickelt wird, wodurch die Gerichte für alle bequemer werden [1]. Die Digitalisierung oder E-Justiz-Technologien sind jedoch alles andere als neu, ihre Entwicklung wurde durch die Covid-19-Pandemie und in der Ukraine durch den Krieg beschleunigt, der zum Katalysator für die Einführung der E-Gerichtstechnologie in den ukrainischen Gerichten wurde. Im Allgemeinen sieht die Technologie einen vollständig papierlosen Arbeitsablauf durch die Verwendung elektronischer digitaler Signaturen und elektronischer Dokumentenverwaltung, die Einrichtung persönlicher Konten zur Durchführung aller Verfahrenshandlungen, die Verbesserung des einheitlichen staatlichen Registers der Gerichtsentscheidungen durch Hinzufügen eines Systems von Hyperlinks zu den Rechtspositionen des

⁸*Authors: Moskyvych Lidiia Mykolaivna*



Obersten Gerichts, das es dem Algorithmus ermöglicht, die relevante Entscheidung des Obersten Gerichts für einen bestimmten Fall auszuwählen und einen Entscheidungsentwurf ohne menschliches Eingreifen zu erstellen [2]. Heute wird jedoch weltweit aktiv über die Möglichkeit diskutiert, eine der neuesten Technologien im Bereich der Justiz - die künstliche Intelligenz - einzusetzen.

8.1. Chancen für künstliche Intelligenz in der Justiz.

Die Technologien der künstlichen Intelligenz sind ein reales Phänomen, das unsere Einstellung und unsere Vision von der Rechtspflege grundlegend verändern wird. Nicht nur die Form, sondern auch der Inhalt der modernen Justizverwaltung ändert sich: Rollen und Funktionen werden neu verteilt und neue Möglichkeiten werden identifiziert, die den Justizprozess verändern werden. KI-Technologien entwickeln sich zu einem äußerst leistungsfähigen Instrument, das den effizienten und sicheren Austausch großer Datenmengen (Big Data), ihre Gruppierung, Analyse und - auf der Grundlage einer solchen Analyse - die Formulierung vernünftiger Schlussfolgerungen ermöglicht, die zur Lösung verschiedener Rechtsfragen und Rechtsstreitigkeiten praktisch angewendet werden können. Der springende Punkt ist, dass die oben genannten Funktionen nicht von Menschen, sondern von künstlicher Intelligenz ausgeführt werden können, also von Technologien, die nur minimale menschliche Eingriffe erfordern. Dementsprechend stößt dieses aktuelle Thema in der internationalen Gemeinschaft und in der Ukraine auf zunehmendes Interesse.

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Sammlung von Algorithmen und Methoden, die Daten verarbeiten können, um hochkomplexe Computerprobleme zu lösen. KI verfügt über menschliche Qualitäten und ist nicht nur in der Lage, Probleme zu lösen, sondern auch zu lernen. Daher ist das maschinelle Lernen (ML) ein wichtiger Teil der KI.

Die wichtigste Voraussetzung für KI-Schulungen im Justizsektor ist die Verfügbarkeit einer großen Anzahl offener Daten und der ungehinderte Zugang zu diesen Daten. Dies ermöglicht eine bessere Analyse der gerichtlichen Praxis und die Vorhersage von Ergebnissen. Je mehr Daten verfügbar sind, desto mehr kann die KI ihre Modelle und damit ihre Vorhersagefähigkeit verbessern.

Professor Gabriel Halevy hat 5 grundlegende Eigenschaften der künstlichen Intelligenz identifiziert: 1) Kommunikation (je weiter die künstliche Intelligenz



entwickelt ist, desto einfacher ist es, mit ihr zu kommunizieren); 2) internes Wissen (die künstliche Intelligenz verfügt über ein bestimmtes Wissen über sich selbst); 3) externes Wissen (die künstliche Intelligenz verfügt über Wissen über die Außenwelt, empfängt es ständig und nutzt es im Laufe ihrer Arbeit); 4) zielgerichtetes Funktionieren (die künstliche Intelligenz führt Handlungen mit klar definierten Zielen aus); 5) ein gewisses Maß an Kreativität (die Möglichkeit alternativer Handlungen). Dementsprechend betrachtet der Autor drei Modelle der strafrechtlichen Verantwortlichkeit im Zusammenhang mit KI: 1) die Theorie der Begehung einer Straftat durch eine andere Person: In diesem Fall wird die Straftat von einer künstlichen Intelligenz begangen, aber eine solche Straftat ist eine vorsätzliche Handlung des Programmierers oder Benutzers einer solchen KI. In diesem Fall wird die künstliche Intelligenz als unschuldiger Akteur behandelt und die Verantwortung liegt vollständig beim Programmierer oder Nutzer. 2) die Theorie der wahrscheinlichsten natürlichen Folge: Eine Straftat wird von einer künstlichen Intelligenz begangen, aber eine solche Straftat ist das Ergebnis der Fahrlässigkeit des Programmierers eines solchen KI-Codes oder seines Nutzers. Somit wird die Haftung ebenfalls ausschließlich dem Programmierer oder Benutzer auferlegt. 3) die Theorie der unmittelbaren Haftung der KI, die vorsieht, dass die Handlungen der KI nicht vom Programmierer oder Benutzer abhängen. Voraussetzung für die strafrechtliche Haftung ist Wissen, Vorsatz, Fahrlässigkeit usw., je nach Qualifikation der Straftat und ihrer Bestandteile. Und in dieser Hinsicht kann sogar der Vorsatz als das Vorhandensein eines Ziels, dass ein bestimmtes tatsächliches Ereignis eintritt, KI-Technologien inhärent sein [3].

Darüber hinaus sind die meisten KI-Technologien in der Lage, zu analysieren, was erlaubt und was verboten ist.

Die KI ahmt das menschliche Gehirn mit Hilfe eines Systems neuronaler Netze nach, das auf dem Prinzip der Organisation und Funktionsweise biologischer Nervenzellen - der Nervenzellen eines lebenden Organismus - beruht. Professor Richard Susskind weist darauf hin, dass es ein großer Fehler ist, KI mit einem menschlichen Richter zu vergleichen, da künstliche Intelligenz im Gegensatz zu letzterem nicht denken und daher die Arbeit eines Richters nicht ausführen kann. Der Fehler liegt in der These, dass fortschrittliche Technologien die menschliche Arbeit imitieren sollten. Der Forscher plädiert vielmehr dafür, die Frage zu analysieren, ob künstliche Intelligenz in der Lage ist, Urteile nach denselben oder sogar höheren Maßstäben wie ein menschlicher Richter zu fällen. Gleichzeitig verwendet die künstliche Intelligenz bei solchen Entscheidungen ihre eigenen Werkzeuge (Big Data,



fortschrittliche Algorithmen usw.) [4, S. 279].

Ein offensichtlicher Nachteil der KI ist jedoch das Fehlen einer menschlichen Eigenschaft wie Empathie: Während ein Richter die Argumente des Angeklagten akzeptieren kann, z. B. im Falle einer verspäteten Zahlung von Unterhalt oder Schuldentrückzahlung, wird die Maschine keine Zugeständnisse machen.

Gleichzeitig zeigt die Bewertung der KI-Leistung, dass die Maschine auch in der Lage ist, Vorurteile zu erkennen, insbesondere auf der Grundlage soziodemografischer Merkmale gegenüber Menschen. So stellen die Forscher Lum und Isaac fest: "Wenn sich die Polizei auf bestimmte ethnische Gruppen und bestimmte Viertel konzentriert, ist es wahrscheinlich, dass in den polizeilichen Aufzeichnungen Verbrechen, die mit diesen Gruppen oder Vierteln in Verbindung gebracht werden, systematisch überrepräsentiert sind. Wenn eine innovative Technologie auf der Grundlage solcher Daten entwickelt wird, basiert sie bereits von Anfang an auf einer voreingenommenen Stichprobe und kann zu der Schlussfolgerung führen, dass Einwanderer mit größerer Wahrscheinlichkeit Verbrechen begehen als die einheimische Bevölkerung [5].

Paul Doherty und James Wilson, CEOs des bekannten Beratungsunternehmens Accenture, nannten 5 Aspekte einer effektiven Mensch-KI-Interaktion, nämlich: Zeitwiederherstellung, verantwortungsvolle Standardisierung, kollaborative Entscheidungsfindung, intelligente Abfragen und der Einsatz von Bots [6].

Wir schlagen vor, diese Aspekte direkt im Bereich der Justiz zu vertiefen:

- Bei der Humanisierung der Zeit geht es darum, Geschäftsprozesse so zu überdenken, dass mehr Zeit für Aufgaben zur Verfügung steht, die ausschließlich von Menschen ausgeführt werden: Kommunikation zwischen Menschen, mehr Raum für Kreativität und Möglichkeiten, fundierte und durchdachte Entscheidungen zu treffen. Sie ermöglicht auch eine effiziente Zeiteinteilung für Richter und Gerichtsbedienstete und die Festlegung von Prioritäten für verschiedene Aufgaben. Schließlich bietet sie die Möglichkeit zur wissenschaftlichen Weiterentwicklung und Verbesserung aller Prozesse in der Arbeit der Gerichte.

- Eine verantwortungsvolle Standardisierung bzw. eine verantwortungsvolle und kontrollierte Entwicklung von KI-Technologien setzt eine verantwortungsvolle Gestaltung der Wahrnehmung der Interaktion zwischen menschlichem und maschinellern Handeln sowie eine umfassende und strategische Wahrnehmung des Zwecks einer solchen Interaktion voraus. Die Einführung jeglicher Technologie im Bereich der Justiz erfordert daher einen ausgewogenen Ansatz und eine fachkundige Bewertung der tatsächlichen Auswirkungen solcher Technologien auf die



Rechtspflege.

- Urteilsorientierte kollaborative Entscheidungsfindung ist die Fähigkeit, angesichts der Ungewissheit einer Maschine eine bestimmte Vorgehensweise zu wählen. Wenn eine Maschine nicht weiß, was sie als Nächstes tun soll, oder wenn ihrem Denkmodell der geschäftliche oder ethische Kontext fehlt, muss der Mensch in der Lage sein, zu entscheiden, wo, wie und wann er eingreift. Dies bedeutet, dass künstliche Intelligenz nicht völlig autonom sein kann. Es muss immer eine menschliche Kontrolle geben.

- intelligentes Abfragen bedeutet, dass man versteht, wie man dem KI-System Fragen stellt, um relevante Informationen zu erhalten.

- Der Einsatz von Bots bedeutet eine Erweiterung der Möglichkeiten, verschiedene funktionale Aufgaben mit Hilfe von Bots zu lösen - KI-Technologien, die in der Lage sind, Kommunikation zu ermöglichen und verschiedene Aufgaben zu lösen. Solche Technologien können beispielsweise die Kommunikation zwischen Justizbehörden und Personen, die sich an sie wenden, effizienter gestalten.

Im Zusammenhang mit den Vorteilen des Einsatzes von KI-Technologien in der Justiz ist es unseres Erachtens angebracht, einen weiteren Aspekt hinzuzufügen, nämlich die Verringerung der Voreingenommenheit bei gerichtlichen Entscheidungen durch prädiktive Justiztechnologien und "intelligente" Analysen großer Datenbanken.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Technologie auf der grundlegendsten Ebene dazu beitragen kann, die an der Justiz beteiligten Personen zu informieren, zu unterstützen und zu beraten ("enabling technologies"). Auf einer zweiten Ebene kann die Technologie Tätigkeiten und Funktionen ersetzen, die zuvor von Menschen ausgeführt wurden ("Ersatztechnologien"). Auf der dritten Ebene schließlich kann die Technologie ganz andere Formen der Justiz ermöglichen, vor allem dort, wo sich die Prozesse erheblich verändern ("disruptive Technologien") [4]. Es liegt auf der Hand, dass jede dieser Stufen eine Veränderung der Rolle des Richters, des Grades seiner Beteiligung und seines Einflusses auf den Justizprozess mit sich bringt. Während die Technologien auf der ersten Stufe lediglich das Funktionieren des Justizsystems optimieren, sind sie auf der zweiten und dritten Stufe bereits in der Lage, den Inhalt und die Gestaltung des Systems wesentlich zu beeinflussen, d. h. das System zu modernisieren. Und gerade auf diesen beiden Ebenen können heikle ethische und andere Fragen auftauchen, die eine angemessene gesetzliche Regelung erfordern.

Auf allen drei Ebenen können sich Fragen nach der Innovationsbereitschaft und der Bereitschaft von Gerichten, Richtern, Angehörigen der Rechtsberufe und der Justiz



stellen, den technologischen Wandel im weiteren Sinne anzunehmen.

Daher ist es höchste Zeit, die Frage nach der Machbarkeit von Veränderungen zu stellen und zu beantworten, die nicht nur die Arbeit einzelner Richter, sondern das gesamte Justizsystem und die Rolle der Richter in der Gesellschaft verändern können. Es liegt auf der Hand, dass der technologische Prozess nicht aufgehalten werden kann (unterstützende Technologien werden bereits aktiv außerhalb des Justizsystems eingesetzt, viele Hilfsanwendungen und Bots sind am Prozess der Suche, der Systematisierung von Informationen, der Vorhersage von Gerichtsentscheidungen usw. beteiligt), aber es ist ratsam und notwendig, die zulässige Grenze der Einbeziehung innovativer Technologien in das Justizsystem zu bestimmen.

8.2. Erfahrungen der Länder mit dem Einsatz von KI in der Justiz.

Eine systematische Analyse der Fähigkeiten des derzeit in der Ukraine umgesetzten E-Gerichtsmodells führt zu dem Schluss, dass die Ukraine erst am Anfang der ersten Stufe der technologischen Reform im öffentlichen Sektor steht. Die Justizsysteme der Vereinigten Staaten und Chinas beispielsweise sind bereits zur dritten Stufe übergegangen - dem Einsatz von KI-Technologien im Justizwesen. Es ist davon auszugehen, dass sich auch das ukrainische Justizsystem unter dem Einfluss der Praktiken von Ländern, die Botschafter technologischer Innovationen in der Justiz sind, rasch verändern wird.

So hat das estnische Justizministerium ein Projekt zur Entwicklung eines "Roboter-Richters" gestartet, der Streitigkeiten über Forderungen im Wert von weniger als 7.000 Euro (etwa 8.000 US-Dollar) schlichten könnte. Die Beamten hoffen, dass diese Technologie die Arbeitsbelastung der Richter verringern und die Lösung von Gerichtsfällen beschleunigen wird. Die staatlichen Datenbanken sind über die digitale Infrastruktur X-road miteinander verbunden, die den Austausch solcher Daten erleichtert [7].

In China wiederum wurden seit 2017 in den großen Industriestädten Hangzhou, Peking und Guangzhou Online-Gerichte zur Beilegung von Streitigkeiten in Bereichen wie E-Commerce, Internet-Banking, geistiges Eigentum usw. eingeführt. Das Verfahren findet vollständig elektronisch statt, einschließlich der Einreichung von Dokumenten und Beweisen [8]. Die Gerichtsentscheidung selbst wird von künstlicher Intelligenz über eine spezielle mobile Anwendung getroffen, die rund um die Uhr



funktioniert. Im ersten Jahr seines Online-Betriebs befasste sich das Pekinger Gericht mit 34.263 Rechtsstreitigkeiten und erließ 25.333 Gerichtsurteile. Die meisten Streitfälle betrafen den Schutz der Rechte an geistigem Eigentum im Internet (77,7 %) [9]. Es gibt also eine internationale Praxis, KI nicht nur als zusätzliches Werkzeug zur Unterstützung der Tätigkeit eines menschlichen Richters einzusetzen, sondern als völlig autonomen Richter, der Gerichtsentscheidungen trifft.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind nach wie vor der führende Anwender von KI in der Justiz und setzen die Technologie hauptsächlich in Zivil- und Strafsachen ein. Forscher des Stanford Computational Policy Lab der Universität Stanford haben einen Algorithmus entwickelt, der Richter bei der Entscheidung über eine Präventivmaßnahme für einen Angeklagten unterstützt: Inhaftierung oder Kaution. Bei der Durchsicht von rund 100 000 Verfahrensdokumenten zur Auswahl von Präventivmaßnahmen stellten die Entwickler fest, dass einige Richter in 90 % der Fälle die Freilassung von Bürgern gegen Kaution zulassen, andere dagegen nur in 50 % der Fälle. Das Programm ermöglicht eine faire Risikobewertung und die Inhaftierung einer viel geringeren Anzahl von Personen, ohne die Öffentlichkeit zu gefährden [10].

Wir glauben, dass es heute in der Ukraine nicht darum geht, menschliche Richter vollständig durch künstliche Intelligenz zu ersetzen. Vielmehr sprechen wir über die Möglichkeit, künstliche Intelligenz mit bestimmten Kategorien von Fällen zu betrauen, die einfach genug sind und in denen Beweise vollständig elektronisch eingereicht und überprüft werden können. Es ist durchaus realistisch, dass in Zukunft kleinere Streitigkeiten von einem KI-System online gelöst werden könnten, was die Gerichte erheblich entlasten würde.

Angesichts der wachsenden Rolle der KI in der Justiz stellt sich jedoch die Frage nach der ethischen Grundlage für den Einsatz von KI bzw. nach ihren Grenzen. Wie bereits erwähnt, haben Forscher das Vorhandensein eines Verzerrungsfaktors in der Technologie festgestellt. So können beispielsweise Gesichtserkennungsdienste deutlich ungenauer sein, wenn sie versuchen, Frauen oder Personen mit dunklerer Hautfarbe zu identifizieren. Andere Technologien sind möglicherweise nicht ausreichend gegen unbefugte Eingriffe Dritter geschützt, usw. Mit anderen Worten: Der unkritische und ungerechtfertigte Einsatz von KI kann schwerwiegende Folgen für die grundlegenden Menschenrechte und die Integrität des Justizsystems haben. Gleichzeitig können KI-Technologien eine Reihe von Vorteilen bieten, wie z. B. Effizienz, Rechenschaftspflicht und Kohärenz. Unserer Meinung nach besteht die einzige Möglichkeit, eine ethische Praxis beim Einsatz von KI zu gewährleisten, in



einer angemessenen staatlichen Regulierung der Gründe, Grenzen und Methoden für den Einsatz von KI-Technologien in der Justiz.

8.3. Der Stand des Rechtsrahmens für den Einsatz von KI in der Justiz.

Der Regulierungsrahmen für KI und ihre Technologien in verschiedenen Bereichen des menschlichen Lebens ist seit einiger Zeit eines der drängendsten Themen der Welt. Der erste bedeutende Versuch, einen einheitlichen internationalen Ansatz für die KI-Regulierung zu schaffen, war die Verabschiedung der Azilomar-Prinzipien auf einer Konferenz im Jahr 2017 in Azilomar, USA. Auf dieser Konferenz wurde erklärt, dass "das Ziel der KI-Entwicklung nicht darin bestehen sollte, eine unkontrollierbare Intelligenz zu schaffen, sondern eine nützliche Intelligenz. Außerdem wurden bestimmte ethische Grundsätze für die KI-Entwicklung und -Anwendung festgelegt, darunter die Möglichkeit, die Ursache von durch künstliche Intelligenz verursachten Schäden zu ermitteln, die Achtung personenbezogener Daten, die Einhaltung der Menschenrechte und Freiheiten usw. Diese Grundsätze wurden von Persönlichkeiten aus der Wissenschaft und dem IT-Sektor wie Stephen Hawking, Raymond Kurzweil, Bill Gates und Elon Musk unterzeichnet. Gleichzeitig lassen die in den Azilomar-Prinzipien beschriebenen Grundsätze und bewährten Verfahren nach Ansicht deutscher KI-Forscher ein weites Feld für Interpretationen. Dies ist auf die Verwendung vieler unbestimmter Rechtsbegriffe zurückzuführen. Hier bedarf es einer engen gemeinsamen Zusammenarbeit nicht nur auf der Ebene der Wissenschaftler, sondern auch der Gesetzgeber und verschiedener internationaler Organisationen [11].

In der Entschließung des Europäischen Parlaments zum Zivilrecht im Bereich der Robotik wird erklärt, dass "der derzeitige Trend zur Entwicklung intelligenter und autonomer Maschinen, die in der Lage sind, zu lernen und in Zukunft selbstständig Entscheidungen zu treffen, nicht nur wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt, sondern auch eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit den direkten und indirekten Auswirkungen solcher Maschinen auf die Gesellschaft als Ganzes" [12]. Der europäische Gesetzgeber erkennt in dieser Entschließung an, dass die Fähigkeiten der KI in Zukunft die menschlichen intellektuellen Fähigkeiten übersteigen könnten. Dementsprechend kann man von einer neuen technologischen Revolution sprechen, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die KI-Technologien die Fähigkeit zur Informationsanalyse dramatisch verbessern und viele andere Vorteile mit sich bringen



können, jedoch die Entwicklung neuer rechtlicher Regelungen erfordern, die eine klare Definition der Terminologie im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz, den rechtlichen Status und die Verantwortung bei der Nutzung von KI, die Nichtdiskriminierung, die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit sowie die Transparenz und Klarheit von Entscheidungsprozessen durch oder direkt mit Hilfe von KI gewährleisten. Außerdem sind einige Forscher der Ansicht, dass das Hauptargument für die Einführung von KI im Justizsektor ihre Fähigkeit ist, die Voreingenommenheit bei der Entscheidungsfindung der Justiz zu verringern. Darüber hinaus trägt der Einsatz innovativer Technologien und "intelligenter Statistiken" zu einer kohärenteren Gerichtsentscheidung bei [13].

Die beschleunigte Entwicklung von KI-Technologien führt zu einem dringenden Dialog über die Regulierung, wie der vom britischen Premierminister am 1. und 2. November 2023 in London veranstaltete KI-Sicherheitsgipfel gezeigt hat. Als Ergebnis des Gipfels unterzeichneten Staats- und Regierungschefs aus 28 Ländern die Blechley-Erklärung, in der die Notwendigkeit bekräftigt wurde, bei der Entwicklung von KI-Systemen die Achtung der Menschenrechte, der Privatsphäre und des Datenschutzes, der Ethik, der Sicherheit sowie der Möglichkeit menschlicher Aufsicht und der Verständlichkeit für die Nutzer zu gewährleisten. Einer der wichtigsten Aspekte der Blechley-Erklärung ist das Bewusstsein für die Risiken des Einsatzes von KI für schädliche Zwecke und die Notwendigkeit, risikobasierte Strategien für die Regulierung von KI zu entwickeln, die es unmöglich machen, KI-Systeme zu entwickeln, die für Desinformation, Diskriminierung oder Manipulation usw. genutzt werden können. Es ist anzumerken, dass die Unterzeichnung der Bletchley-Erklärung zwar einen bedeutenden Schritt in Richtung Anerkennung der potenziellen Bedrohungen durch KI darstellt, ein einheitliches globales Regulierungssystem jedoch nach wie vor schwer zu erreichen ist und es keinen Konsens über die genaue Struktur einer solchen Regulierung gibt [14].

Derzeit berät das Europäische Parlament über den Entwurf eines EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, der sich in der Endphase der Verhandlungen befindet. Nach Angaben des Gesetzgebers soll die KI-Verordnung eine technologieneutrale Definition von KI-Systemen liefern und einen risikobasierten Ansatz verfolgen, der Anforderungen und Verpflichtungen für die Entwicklung, Markteinführung und Nutzung von KI-Systemen in der EU festlegt. Der Gesetzesentwurf definiert die allgemeinen verbindlichen Anforderungen, die für den Entwurf und die Entwicklung von KI-Systemen gelten, bevor sie auf den Markt gebracht werden, und legt die



Anforderungen für Tätigkeiten nach dem Inverkehrbringen fest.

Der EU-Gesetzesentwurf über künstliche Intelligenz klassifiziert KI-Systeme auf der Grundlage eines risikobasierten Ansatzes und sieht vier Risikokategorien vor: inakzeptabel, hoch, begrenzt und minimal.

Das inakzeptable Risiko wird durch KI-Systeme repräsentiert, die verboten sind. Dazu gehören künstliche Intelligenz, die das menschliche Verhalten manipuliert, um den freien Willen des Nutzers zu umgehen (z. B. unterschwellige Methoden oder Ausbeutung gefährdeter Gruppen), Personen aufgrund ihres Verhaltens bewertet oder klassifiziert und biometrische Identifizierung in Echtzeit an öffentlichen Orten (mit einigen Ausnahmen).

Ein hohes Risiko stellen KI-Systeme dar, die in kritischen Lebensbereichen, einschließlich der Justiz, eingesetzt werden. Solche Systeme sind zulässig und unterliegen strengen Verpflichtungen für die Entwickler, bevor sie auf den Markt gebracht werden können. Dazu gehören eine angemessene Risikobewertung, hochwertige Datensätze für das KI-Training (zur Verringerung von Risiken und diskriminierenden Ergebnissen), eine ausführliche Dokumentation zur Nachverfolgung der KI-Entscheidungsfindung, klare und angemessene Informationen für den Nutzer, eine zuverlässige menschliche Aufsicht zur Risikominimierung sowie ein hohes Maß an Genauigkeit, Sicherheit und Zuverlässigkeit usw. [15].

Auch in der Ukraine wird über die Regulierung der KI-Technologie nachgedacht. Der rechtliche Rahmen ist jedoch noch begrenzt und weit davon entfernt, in konkrete Gesetze umgesetzt zu werden. Mit der Entschließung des Ministerkabinetts der Ukraine vom 2. Dezember 2020 Nr. 1556-p wurde das Konzept der KI-Entwicklung in der Ukraine [16] verabschiedet, in dem vorrangige Bereiche definiert werden, in denen die Aufgaben der staatlichen Politik der KI-Entwicklung umgesetzt werden: Bildung und Berufsausbildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Cybersicherheit, Informationssicherheit, Verteidigung, öffentliche Verwaltung, rechtliche und ethische Vorschriften sowie Justiz. Das Konzept soll bis 2030 umgesetzt werden. Angesichts des Krieges können diese Fristen angepasst werden. In diesem Zusammenhang hat das Ministerium für digitale Transformation der Ukraine am 7. Oktober 2023 einen Fahrplan für die Regulierung von KI in der Ukraine vorgestellt [17], der zwei Etappen vorsieht: die Erprobung von KI-Technologien im privaten Sektor und die Festlegung der zulässigen Grenzen für den Einsatz dieser Technologien im öffentlichen Sektor, zu dem auch der Justizsektor gehört.

Es wird davon ausgegangen, dass die Umsetzung der im EU-Gesetz über



künstliche Intelligenz vorgeschlagenen Regulierungsmodelle durch die Ukraine zur Harmonisierung der nationalen Rechtsvorschriften in diesem Bereich beitragen wird. Diese Angleichung der Standards wird nicht nur die EU-Anforderungen erfüllen, sondern auch ein höheres Maß an Sicherheit und Ethik bei der Entwicklung von KI-Systemen in der Ukraine gewährleisten.

Die Entwicklung des rechtlichen Rahmens für die KI-Regulierung kann heute in zwei Ansätze unterteilt werden:

- Schaffung eines Rechtsrahmens für die Implementierung von KI-Anwendungen und Förderung ihrer Entwicklung;
- Regulierung der Schaffung einer künstlichen "Superintelligenz", insbesondere der Übereinstimmung der entwickelten Technologien mit allgemein anerkannten Standards im Bereich Ethik und Recht.

8.4. Potenzielle Risiken des Einsatzes von KI in der Justiz.

Der Gesetzgeber ist besonders besorgt über die potenziellen Risiken von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von KI-Technologien in der Justiz, insbesondere über die Gewährleistung des Schutzes personenbezogener Daten und der Nichtdiskriminierung.

Bei den Einschränkungen der Datenerhebung sollte der Gedanke der angemessenen Notwendigkeit im Vordergrund stehen. Das heißt, es muss sichergestellt werden, dass Daten nur soweit erhoben, gespeichert, verarbeitet und verbreitet werden, wie es vernünftigerweise erforderlich ist. "Personenbezogene Daten sollten durch angemessene Sicherheitsgarantien gegen Risiken wie Verlust oder unbefugten Zugriff, Zerstörung, Verwendung, Änderung oder Weitergabe von Daten geschützt werden" [18, S.15].

Gemäß Artikel 22 Absatz 4 der EU-DSGVO dürfen automatisierte Entscheidungen nur dann auf der Grundlage sensibler Daten getroffen werden, wenn die betroffene Person ausdrücklich in die Verarbeitung dieser Daten eingewilligt hat oder die Verarbeitung aus Gründen eines wesentlichen öffentlichen Interesses erforderlich ist und wenn geeignete Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten sowie der berechtigten Interessen der betroffenen Person getroffen werden [19]. Es sollte klar sein, dass die Vollständigkeit der Daten, einschließlich derjenigen, die als sensibel eingestuft werden können, eine Voraussetzung dafür ist, dass eine faire



Entscheidung getroffen werden kann.

Die für den Europarat erstellte Studie über die Aufdeckung von Diskriminierung bei der Entscheidungsfindung mit Hilfe innovativer Technologien enthält Empfehlungen, um diese Lücken in der Gesetzgebung zu vermeiden, und unterstreicht die Notwendigkeit folgender Maßnahmen: Schulung der Mitarbeiter der Institution, die solche Technologien einsetzt, um diese ordnungsgemäß anzuwenden und alle Risiken ihres Einsatzes zu erkennen; präventive Risikobewertung vor dem Einsatz innovativer Technologien und angemessene Risikominderung. Letzteres beinhaltet die Einbeziehung qualifizierter Fachleute aus verschiedenen Disziplinen wie Informatik und Recht, um die Risiken eines Projekts zur Einführung einer bestimmten innovativen Technologie zu ermitteln; Prozessbewertung; Projektüberwachung und Berichterstattung, was zu dem oben beschriebenen Grundsatz der Transparenz führt [20, S. 28, 32].

Daher sind Nichtdiskriminierungs- und Datenschutzgesetze die wichtigsten Rechtsinstrumente, die sicherstellen können, dass es bei der Entwicklung automatisierter KI-Lösungen keine Diskriminierung gibt oder diese minimiert wird. Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sieht in Artikel 14 vor, dass "der Genuss der in dieser Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten ohne Diskriminierung, insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft zu gewährleisten ist,

Die Verhinderung von Diskriminierung kann in erster Linie durch die Verabschiedung geeigneter Rechtsvorschriften für den Umgang mit umfangreichen, offenen und sensiblen Daten gewährleistet werden. Und auch durch die Festlegung von Regeln für die Sammlung, Übertragung und Verarbeitung solcher Daten durch verschiedene innovative Technologien, die in der Justiz eingesetzt werden.

Ein weiteres zentrales Thema bei der rechtlichen Regelung des Einsatzes von KI in der Justiz sind Transparenz und Rechenschaftspflicht.

KI-Technologien sollten ein hohes Maß an Transparenz gewährleisten, was die Nachvollziehbarkeit des Prozesses ihrer Implementierung, die mathematische Überprüfung ihrer Argumentation, die Ehrlichkeit der Signale und die Klarheit der Funktionsweise der Technologie einschließt. Ein anschauliches Beispiel in dieser Hinsicht ist Frankreich, das ein Gesetz über die digitale Republik verabschiedet hat, das versucht, ein Gleichgewicht zwischen der oben erwähnten begrenzten Nutzung von Daten und der Transparenz bei der Nutzung von KI im Justizsystem herzustellen. So



sieht das Gesetz beispielsweise ausdrücklich vor, dass im Falle einer automatisierten Entscheidung die Person, gegenüber der eine solche Entscheidung getroffen wurde, das Recht hat, Informationen über die Regeln und Hauptmerkmale zu erhalten, die für eine solche Entscheidung verwendet wurden [22].

In Bezug auf die Verständlichkeit oder das Recht auf Erklärung betonen Forscher, dass, da innovative Technologien, die automatisierte Entscheidungen hervorbringen, naturgemäß mit Menschen interagieren, sichergestellt werden muss, dass diese Technologien verständlich sind und einer Person erklärt werden können [23]. Das Recht des Menschen auf Erläuterung automatisierter Entscheidungen umfasst die Offenlegung der wichtigsten Motive und Methoden für eine bestimmte Entscheidung sowie eine aussagekräftige Beschreibung der "Logik" der betreffenden innovativen Technologie, die zur Annahme einer bestimmten Entscheidung geführt hat.

Im Hinblick auf die Haftung wird die Festlegung der Bedingungen für die Haftung bei der Nutzung und dem Betrieb von KI-Technologien erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung, Erprobung und Umsetzung solcher Technologien haben.

Die europäische Entschließung zu den "zivilrechtlichen Vorschriften für die Robotik" [24] bietet zwei Optionen für die Haftung, die bei der Nutzung von KI-Technologien entstehen kann: 1) die objektive Haftung, die kein Verschulden voraussetzt und damit verbunden ist, dass "besonders fortschrittlichen" Robotern der Status einer elektronischen Person zuerkannt wird. Dies bedeutet, dass sie für den Schaden haftbar gemacht werden können, der entsteht, wenn solche Roboter autonom von Menschen Entscheidungen treffen. 2) Risikomanagementansatz, der die Haftung einer Person vorsieht, die die Risiken hätte minimieren können. Die Haftung sollte in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der Anweisungen stehen, die der Mensch dem Roboter erteilt, und zum Grad seiner Autonomie. Ergänzt wird dies durch eine Pflichtversicherung für Roboterbenutzer und die Einrichtung eines Entschädigungsfonds.

Die Frage der Autonomie und des Entwicklungsstandes einer solchen KI ist also äußerst wichtig bei der Einführung von KI und der Bestimmung der Haftung, die sich aus ihren Handlungen ergeben kann.

Es gibt ein ziemlich starkes Argument, dass KI kein Bewusstsein hat und daher nicht haftbar gemacht werden kann. Gleichzeitig fehlt uns, wie der berühmte amerikanische Rechtsprofessor Lawrence Solum feststellt, ein klares Konzept dafür, was Bewusstsein ist, und ohne ein solches Konzept sind wir bei der Analyse dieser Frage eingeschränkt. Im juristischen Kontext können wir sagen, dass künstliche



Intelligenz die menschliche Intelligenz nur imitieren kann, ihr aber gleichzeitig das Selbstbewusstsein fehlt und sie daher kein eigenständiges Subjekt von Rechtsbeziehungen sein kann. Wenn das Bewusstsein jedoch eine Eigenschaft der Gehirntätigkeit ist, dann sollten wir im Prinzip in der Lage sein, es in der künstlichen Intelligenz zu reproduzieren. Die Kognitionswissenschaften können zu einem besseren Verständnis des Konzepts der Persönlichkeit beitragen. Einige der schwierigsten Fragen in der Rechtswissenschaft, wie auch in der Ethik und der Politik, betreffen die Grenzen des Status - was ist eine Person und warum gewähren wir Menschen einen so starken rechtlichen Schutz [25]. In diesem Zusammenhang ist es vernünftig, auf der Grundlage der Analyse des derzeitigen technischen Fortschritts und der Risiken, die sich aus KI-Aktivitäten ergeben, vorzuschlagen, die quasi-juristische Persönlichkeit von KI zu berücksichtigen. Eine solche quasi-juristische Persönlichkeit ermöglicht die Entwicklung eines völlig neuen Konzepts einer angemessen begrenzten Haftung von KI als elektronische Person (Agent) [26].

Die Frage der Haftung des KI-Entwicklers bleibt jedoch bestehen, wobei es vor allem darum geht, die Komponenten einer solchen Haftung und die Kriterien für die Überprüfung der entsprechenden Technologien zu bestimmen. In diesem Zusammenhang hat die CEPEJ nach der Verabschiedung der Europäischen Ethik-Charta für den Einsatz von KI in Justizsystemen im Dezember 2018 die Notwendigkeit betont, die Möglichkeit der Anwendung eines Zertifizierungsmechanismus für innovative Technologien, die in Justizsystemen eingesetzt werden, zu untersuchen. Der Zweck einer solchen Studie ist die Entwicklung spezifischer Kriterien für die Bewertung innovativer Technologien sowie methodischer und operativer Empfehlungen im Einklang mit den Grundsätzen und Standards der Charta [27].

8.5. Vielversprechende Bereiche für den Einsatz von KI in der Justiz.

Unserer Meinung nach ist der vielversprechendste Bereich der KI-Anwendung in der Justiz die Vorhersage von Gerichtsentscheidungen (Predictive Justice). Dabei handelt es sich um die Fähigkeit, die Wahrscheinlichkeit zu bestimmen, mit der ein bestimmter Fall vor Gericht entschieden wird, und zwar auf der Grundlage der Analyse früherer Entscheidungen zu einem ähnlichen Sachverhalt.

Es ist erwähnenswert, dass der amerikanische Rechtsanwalt Lee Levinger 1949 die Schaffung einer neuen Wissenschaft namens "Jurimetrics" vorschlug, die er als



wissenschaftliche Untersuchung rechtlicher Probleme im Bereich der Justiz auf der Grundlage der Vorhersage von Gerichtsentscheidungen durch die Suche und Sammlung von Daten mit Hilfe der Informationstechnologie, die Verwendung mathematischer Logik im Bereich des Rechts und die quantitative Analyse des Verhaltens der Justiz verstand [28].

Nach Ansicht des Juristen kann der Einsatz wissenschaftlicher Errungenschaften im Bereich des Rechts den Grad der Ungewissheit, auch bei Gerichtsentscheidungen, verringern. Gleichzeitig ist, wie der Forscher feststellte, das häufigste Argument gegen den Einsatz von Wissenschaft und Technologie im Bereich des Rechts die Behauptung, dass ein solcher Einsatz zu einer Missachtung menschlicher Werte führt und die Technologie "eine Art Frankenstein's Monster ist, das, einmal geschaffen, seine Schöpfer unaufhaltsam in ein unvorhersehbares Schicksal zieht". Levinger stellt jedoch fest, dass dieses Argument auf einem völligen Missverständnis des Wesens von Wissenschaft und Technologie beruht. Der Einsatz von Wissenschaft und Technik im Bereich der Justiz ist nämlich nur ein Werkzeug und eine Technik zur Gewinnung von Wissen - mehr nicht [28].

Wir sind der Meinung, dass auch dieser Standpunkt unvollständig ist und die Rolle der innovativen Technologien in der Justiz nicht vollständig widerspiegelt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der technologische Fortschritt es ermöglicht hat, die Funktionen dieser Technologien in der Justiz zu erweitern, so dass E-Justice nicht nur eine Technik, sondern eine echte Revolution in der Justizverwaltung darstellt.

Der Standpunkt des bekannten französischen Juristen Antoine Garapon, dass man im Zusammenhang mit der prädiktiven Justiz von einer dreifachen Revolution sprechen sollte, ist äußerst zutreffend: soziologisch (die Initiatoren und Lobbyisten für die Schaffung und Entwicklung der prädiktiven Funktion der Justiz sind nicht Juristen oder Gesetzgeber, sondern Vertreter der Wirtschaft, Programmierer und Mathematiker, die sich bei der Gründung von Legal Tech Startups von der Logik des Profits und der Zweckmäßigkeit des Einsatzes einer bestimmten Technologie leiten lassen), kognitiv (die prädiktive Funktion selbst ist nicht neu: sie ist ein integraler Bestandteil des Wesens des Rechts und des Rechts, die die sozialen Beziehungen vorhersehbar machen. Innovative Technologien ersetzen in gewissem Sinne den subjektiven menschlichen Faktor durch ein erwartetes und mathematisch bestätigtes Ergebnis) und die Revolution der Form der Rechtspflege (innovative Technologien erscheinen nicht nur als Werkzeuge, die verschiedene Prozesse in der Rechtspflege erleichtern, sondern schaffen buchstäblich eine neue Form der Justiz, die auf statistischen Daten und



mathematischen Berechnungen beruht) [29, S. 46-52].

Wir können getrost sagen, dass die prädiktive Justiz eine echte Veränderung der Weltansicht im Rechtssystem darstellt, da die Auswirkungen innovativer Technologien und insbesondere der KI nicht mehr ignoriert werden können. Dementsprechend stellt sich die Frage nach der Definition und Koordinierung der Rollen von Menschen und Technologien in der Rechtspflege.

In dieser Richtung und aufgrund der zunehmenden Fortschritte im Bereich der KI und der Entwicklung von Technologien, die große Datenmengen verarbeiten können, ist bereits eine beträchtliche Anzahl von Start-ups im Bereich der Rechtswissenschaften entstanden, die einerseits die Arbeit von Anwälten und Justizfachleuten erleichtern und andererseits die Rechtsunsicherheit verringern sollen.

Es ist anzumerken, dass die prädiktive Justiz an der Kreuzung von KI, Big Data und offenen Daten entstanden ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Einsatz innovativer Technologien den hochwertigen und schnellen Zugang, die Verarbeitung und Analyse verschiedener Daten erleichtern und gleichzeitig den angemessenen Schutz dieser Daten gewährleisten sollte.

Daher sind die Offenheit der Daten und die Vorhersehbarkeit von Gerichtsentscheidungen Schlüsselaspekte, die bei der Führung eines elektronischen Registers von Gerichtsentscheidungen und der Analyse der in einem solchen elektronischen Register enthaltenen Gerichtsentscheidungen berücksichtigt werden sollten. Dies wirft die Frage nach der Umsetzung der Vorhersehbarkeit und der Fähigkeit der prädiktiven Justiz im Allgemeinen auf.

Ein Beispiel für die Nutzung der Ergebnisse, die aus der Verarbeitung von Big Data durch verschiedene innovative Technologien im US-Justizsystem gewonnen werden, ist die Technologie zur Bestimmung und Bewertung der Rückfallwahrscheinlichkeit einer Person, gegen die ein Ermittlungsverfahren läuft. Die als "Public Safety Assessment" bekannte Technologie der Arnold Foundation beispielsweise berücksichtigt bei der Bestimmung der Rückfallwahrscheinlichkeit einer bestimmten Straftat neun Elemente, darunter: das Alter der festgenommenen Person, die Art der Straftat, das zum Zeitpunkt der Straftat bestehende Strafregister, frühere Strafverfolgung mit Bestimmung der Schwere der Straftat usw.

Offene Daten sind nach wie vor äußerst wichtig für die Umsetzung der prädiktiven Justiz. Unter Berücksichtigung aller oben genannten Punkte können wir vorausschauende Justiz als den Einsatz innovativer Technologien auf der Grundlage verschiedener juristischer und justizieller Datenbanken zur Vorhersage von



Gerichtsentscheidungen definieren.

Einerseits ermöglichen innovative Technologien die Vorhersehbarkeit und Standardisierung von Gerichtsentscheidungen. Andererseits wird die Frage der Vermeidung von Voreingenommenheit und Diskriminierung bei solchen Gerichtsentscheidungen aufgeworfen, und es wird auf die Grenzen und die verschiedenen Arten von Voreingenommenheit hingewiesen, die durch die Technologie geschaffen werden oder geschaffen werden können. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass bei der Verwaltung der E-Justiz das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit umgesetzt werden muss, wobei jede Software, unabhängig von ihrer Komplexität und Ausgereiftheit, in erster Linie die Rechte und Freiheiten der Bürger gewährleisten und sie in keiner Weise einschränken oder verfälschen darf.

Darüber hinaus gibt es unmittelbare Grenzen für die Anwendung der prädiktiven Justiz, da der Richter nicht verpflichtet ist, jede Gerichtsentscheidung zu treffen, und sich nicht ausschließlich von der bisherigen Rechtsprechung zu der betreffenden Frage leiten lassen sollte. Bei jedem Rechtsstreit werden zahlreiche andere Faktoren berücksichtigt, darunter die Besonderheiten des jeweiligen Falles, der aktuelle Stand der Rechtsprechung, die eigenen Überzeugungen des Richters, usw.

Guillaume Zambrano betont, dass die eigentliche Frage bei der prädiktiven Justiz nicht darin besteht, ob es möglich ist, eine Gerichtsentscheidung vorherzusagen, sondern wie man sicherstellt, dass eine Maschine dies auf der Grundlage quantitativer und nicht intuitiver Indikatoren tun kann. Der Forscher unterstreicht, dass Gerichtsverfahren immer unsicher sind, was aber nicht bedeutet, dass sie nicht vorhergesagt werden können [31].

Der Einsatz verschiedener innovativer Technologien zur Bearbeitung der häufigsten und einfachsten Rechtsstreitigkeiten zielt also darauf ab, den Zeitaufwand für die juristische Analyse solcher Streitigkeiten zu verringern und die Effizienz des Gerichtsverfahrens zu gewährleisten. Es sei darauf hingewiesen, dass die Begründung einer gerichtlichen Entscheidung durch einen Richter eine Frage seiner Bewertung und Auslegung des Rechts und der Anwendung der rechtlichen Vorschriften auf einen bestimmten Rechtsstreit ist.

Nach Ansicht von Domenico Peligrini, Präsident der Zivilkammer des Gerichts von Genua: "Die prädiktive Justiz bietet ein Instrument zur Vorwegnahme und Harmonisierung von Gerichtsentscheidungen. Es wird den Richtern helfen, sich auf die Fälle zu konzentrieren, in denen ihr Fachwissen einen größeren Mehrwert bietet". Forscher der Universität Sant'Anna Pisa, Italien, planen eine Umfrage unter Richtern



in Genua, die die Rechtsvorschriften über die Nutzung offener Daten vor Gericht anwenden. Das LIDER-Labor des Dirpolis-Instituts, das an der genannten Universität angesiedelt ist, ist ein Forschungslabor für die Analyse von Gerichtsverfahren in den Bereichen Personenschäden, Delikte und Erfüllung von Verpflichtungen und nutzt Technologien, um Muster, Korrelationen und Trends in Gerichtsentscheidungen aufzuzeigen [32].

Die Herausforderung für die vorausschauende Justiz besteht in der Entwicklung von Technologien, die nicht nur mit verschiedenen statistischen Daten arbeiten, sondern auch in der Lage sind, Gerichtsentscheidungen semantisch zu analysieren, um die Logik von Gerichtsentscheidungen zu einem bestimmten Thema zu erkennen. In dieser Hinsicht ist die Erfahrung Frankreichs interessant, wo der Gesetzgeber in Artikel L. 111-13 des Gerichtsverwaltungsgesetzes den Grundsatz der offenen Daten festgeschrieben hat, der besagt "Die Entscheidungen der Gerichte werden der Öffentlichkeit in elektronischer Form kostenlos zur Verfügung gestellt". Dieser Artikel sieht eine strafrechtliche Haftung für die Verwendung von Daten von Richtern und Gerichtsbediensteten zu dem Zweck oder der Wirkung vor, ihre tatsächliche oder angebliche berufliche Praxis zu bewerten, zu analysieren, zu vergleichen oder vorherzusagen [33]. Im Jahr 2019 führte Frankreich jedoch die strafrechtliche Verantwortung für die Analyse der Rechtsprechung ein, um vorherzusagen, welche Entscheidung ein Richter in einem Fall treffen könnte. Diese Gesetzesänderungen wurden auf Druck der Richterschaft angenommen, die argumentierte, dass Gerichtsentscheidungen dazu verwendet werden, das Verhaltensmuster eines bestimmten Richters zu analysieren, wodurch dessen Persönlichkeitsrechte verletzt werden [34].

Im Gegensatz zu Europa ist die prädiktive Justiz in den Vereinigten Staaten bereits gängige Praxis, insbesondere in Strafverfahren. Die Technologien Lex Machina und Ravel Law sind Beispiele für die Umsetzung einer solchen Justiz. Im Gegensatz zu herkömmlichen Methoden der Rechtsforschung konzentriert sich Lex Machina nicht nur auf die Sammlung von Daten, sondern auch auf die komplexe Verarbeitung und Strukturierung dieser Daten. Der von Lex Machina verwendete Algorithmus hat eine echte Datenbank mit juristischen Informationen geschaffen, die den Nutzern auf der Grundlage eines strategischen Ansatzes präsentiert wird, der auf spezifischen Kriterien und Filtern nach Fallart, Datumsbereich, Gericht, Richter usw. beruht [35]. Die Online-Plattform von Ravel Law kombiniert juristische Recherchen und Analysen auf der Grundlage von juristischem Expertenwissen, maschinellem Lernen und



Präzedenzfällen aus der Harvard Law Library und ermöglicht es Anwälten, wichtige Informationen zu finden, zu verstehen, warum sie wichtig sind, und diese Informationen so überzeugend wie möglich zu nutzen, so dass aus reinen juristischen Informationen juristische Erkenntnisse werden [36].

Die erste globale kritische Diskussion über die gerichtliche Praxis in Bezug auf Einsprüche gegen Entscheidungen, die auf den Ergebnissen prädiktiver Technologien basieren, hat bereits in den Vereinigten Staaten stattgefunden. Die erste gerichtliche Anfechtung der mit solchen Technologien erzielten Ergebnisse fand 2018 statt, und es wurde festgestellt, dass solche Technologien häufig Kriterien verwenden, die zu Diskriminierung führen (aufgrund der Rasse von Minderjährigen, ihres Wohnorts usw.) [37]. Daraus wurde der Schluss gezogen, dass den Folgen des Einsatzes solcher Technologien und ihren möglichen negativen Auswirkungen auf bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird; das Niveau der technischen Ausbildung von Justizbeamten in der Nutzung von Technologien; die Mechanismen zur Überwachung innovativer Technologien im Justizsystem müssen verbessert werden [38].

Unserer Meinung nach können bei der Anwendung der prädiktiven Justiz in der Praxis folgende Probleme auftreten: die Erwartungen der Menschen, dass ein Richter ausschließlich im Rahmen dessen handelt, was mit Hilfe innovativer Technologien im Voraus vorhergesagt wurde. Werden diese Erwartungen nicht erfüllt, besteht die Gefahr, dass die Öffentlichkeit gegen die Legitimität der Gerichtsentscheidung protestiert. Dies unterstreicht einmal mehr die Notwendigkeit, die prädiktive Justiz als ein zusätzliches Instrument der juristischen Analyse in der Rechtspflege zu definieren, das den Richter und andere Prozessbeteiligte in keiner Weise verpflichtet.

KI-Technologien, die in der prädiktiven Justiz eingesetzt werden, bergen auch das Risiko, dass die Entscheidung eines Richters in einem Fall ausschließlich auf statistischen Informationen aus ähnlichen Fällen beruht.

Es stellt sich auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Menschenrechten und dem Einsatz von Technologien für die vorausschauende Justiz. Die Entscheidungsträger können auch versuchen, ihre eigene Verantwortung zu minimieren, indem sie den Ratschlägen der KI folgen, und so kann die so genannte "automatisierte Voreingenommenheit" entstehen. Diese Situation legt nahe, dass der Einsatz jeglicher KI-Technologie einen ausgewogenen Ansatz erfordert, der sich auf die Machbarkeit, die Strategie der weiteren Nutzung und die Folgen stützt.



Schlussfolgerungen

Die Idee des Einsatzes von KI-Technologien in der Justiz beschränkt sich nicht auf die elektronische Form der Dokumentenverarbeitung, sondern schließt auch die Möglichkeit ein, dass ein Richter die Ergebnisse der Datenanalyse nutzt, die durch den Einsatz von KI gewonnen wurden, oder sogar die Rechtspflege durch KI, wobei ein Mensch nur die Funktion der Kontrolle des ordnungsgemäßen Betriebs eines solchen Algorithmus behält.

Die Anwendung von KI-Technologien in der Justiz erfordert die Ausarbeitung einer Verordnung über automatisierte Entscheidungen und die Festlegung von Aspekten, die dabei zu berücksichtigen sind (Beschränkungen der Datenerhebung, Transparenz, Klarheit, Zertifizierung usw.) Unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen und allgemeiner Trends in der KI-Entwicklung ist es notwendig, den umfassenden Einsatz von KI in bestimmten Kategorien von Gerichtsverfahren (Ordnungswidrigkeiten, Streitigkeiten im elektronischen Geschäftsverkehr, Online-Zahlungen, Versicherungsfälle usw.) einzuführen, bei denen die Möglichkeit einer vollständigen, zuverlässigen und objektiven Verhandlung durch künstliche Intelligenz mit minimalem menschlichen Eingreifen besteht.

Derzeit wird das große Potenzial des Einsatzes von KI-Technologien in der Vorhersage des Wesens von Gerichtsentscheidungen und ihrer Folgen gesehen, insbesondere in der Fähigkeit, die Wahrscheinlichkeit der Lösung einer bestimmten Rechtssache auf der Grundlage der Analyse früherer Entscheidungen zu einem ähnlichen Gegenstand des Gerichtsverfahrens zu bestimmen. Gleichzeitig erfordert die Einführung der prädiktiven Funktion der E-Justiz in der Ukraine eine gesetzliche Regelung der Verbreitung, Analyse und Speicherung großer, sensibler und offener Daten im ukrainischen Justizwesen.

Gleichzeitig wirft der Einsatz von KI im Justizsektor eine Reihe von ethischen Fragen auf. Im Jahr 2018 verabschiedete die Europäische Kommission für die Wirksamkeit der Justiz des Europarats einen wichtigen internationalen Rechtsakt - die Europäische Ethik-Charta über den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Justizsystemen und deren Umfeld [39]. Das Hauptziel der Charta ist es, die Effizienz und Qualität der Justizverwaltung durch die Verarbeitung von Gerichtsentscheidungen und Daten durch Algorithmen zu verbessern und gleichzeitig die Grundrechte und -freiheiten zu respektieren, die insbesondere durch die EMRK und das Übereinkommen des Europarats zum Schutz personenbezogener Daten garantiert werden.



Künstliche Intelligenz kann einen äußerst wichtigen und bedeutenden Beitrag zur Justizverwaltung leisten, indem sie deren Effizienz erhöht, die Einheitlichkeit der Praxis fördert und die Risiken korrupter Praktiken verringert. Um künstliche Intelligenz unter ethischen Gesichtspunkten einzuführen, müssen alle Risiken ihres Einsatzes berücksichtigt und gleichzeitig eine ausgewogene Strategie für den Einsatz solcher Technologien unter Berücksichtigung des Grades ihrer Autonomie entwickelt werden. Ein qualitativ hochwertiger Rechtsrahmen sollte Transparenz und menschliche Kontrolle über den Einsatz von KI-Technologien im Justizsektor gewährleisten.

Die derzeitige Phase der Digitalisierung der Justiz hat sicherlich ihre Vorteile, insbesondere im Hinblick auf die Verbesserung des Zugangs zur Justiz, aber sie wird auch als Brücke dienen, um die Auswirkungen innovativer Technologien auf die Entwicklung des Systems zu verstärken. Denn Standardentwicklungen wie E-Filing und nutzerorientierte Online-Datenbanken (interne Inhalte) erfordern natürlich ehrgeizigere externe und umfassendere digitale technologische Umgestaltungen des gesamten öffentlichen Sektors (z. B. Digitalisierung verschiedener Register) und deren Integration in ein einziges "nutzerfreundliches" System.

Ersatztechnologien "helfen" nicht nur, vor Gericht zu gehen, sondern automatisieren auch einige Prozesse, z. B. durch den Einsatz verschiedener Bots bei der Abfassung einer Klageschrift. Ein weltweit recht erfolgreiches Beispiel für den Einsatz von Ersatztechnologien ist die Praxis der Online-Streitbeilegung (ADR), die erleichterte Verfahren wie Online-Mediation, Konsultationsverfahren wie Online-Fallbeurteilung, Online-Schiedsverfahren oder eine Gerichtsentscheidung in einem Ordnungswidrigkeitenverfahren umfassen kann. Die Entwicklung alternativer Streitbeilegungsmechanismen hat sicherlich Auswirkungen auf das Modell des Justizsystems und den Bedarf an Richtern. Da die entwickelten Systeme zur Datenerfassung genutzt werden können, bieten sie zudem eine Plattform für die Entwicklung von KI, die sich möglicherweise direkt auf Richter auswirkt und sogar zur Ablösung von Richtern führen kann. Insgesamt kann diese Ebene des technologischen Wandels bedeutendere und weitreichendere Veränderungen ankündigen, die die Arbeitsweise der Gerichte verändern könnten.

Auf der dritten, "disruptiven" Ebene kann die Technologie "traditionelle Arbeitsgewohnheiten verdrängen und revolutionieren und einen radikalen Wandel herbeiführen" [40].